



„Also das kann ich meinen LehrerInnen zumuten“

Salzburger Nachrichten vom 26. Februar 2009

Aus dem Inhalt:

Bundesobfrau Mag. Isabella Zins

Wir LehrerInnen sind zutiefst empört!

Schnallen Sie sich an, Frau Ministerin!

Seite 2

Auf den Punkt gebracht

Stimmen aus dem Konferenzzimmer

Seite 6

Causa Prima

Prominente (VCL-) Stimmen

NR-Abg. Werner Amon, MBA

Dir. Dr. Norbert Schaller

Seite 8

Dr. Ursula Gerstenbauer

Offener Brief an Frau BM Schmied

Seite 9

Mag. Isabella Zins

Warum die Kinder von heute nicht von gestern sind

Seite 10

MMag. Dr. Christine Mann

Grundsätzliches zum kon- fessionellen Religionsunterricht

„Bildung – ein Haus auf festem Grund“

Seite 11

Mag. Peter Friebe

Neue Teilungszahlen

Seite 14

Bundesobfrau

Dir. Mag. Isabella Zins



Tausende Mails und Briefe sprechen eine deutliche Sprache:

Wir LehrerInnen sind zutiefst empört und nicht gewillt, uns diesen Anschlag auf unser Image und unsere Lebenszeit gefallen zu lassen.

Schnallen Sie sich an, Frau Ministerin!

Wie alles anfang ...

Seit Wochen und Monaten wundern sich die Kolleginnen und Kollegen an den Schulen über fast wöchentlich ins Haus flatternde Hochglanzfolder und überschwängliche Ankündigungen über die „neue“ Schule, die überproportional mit Ressourcen ausgestattet werden soll (19.000 € pro einzelner Klasse (!) werden kolportiert) und die schon jetzt ein ganz großer Erfolg sei (obwohl es sie noch gar nicht gibt).

Wie das wohl alles zu finanzieren sein würde?

Seit Mittwoch wissen wir Bescheid: auf Kosten aller LehrerInnen in ganz Österreich! Die über 62.000 PflichtschullehrerInnen und über 40.000 ProfessorInnen an AHS und BMHS sind sich einig: Noch nie hat ein für sie zuständiger Politiker ihrer Arbeit so wenig Wertschätzung entgegengebracht! Noch nie ist man so über sie „drübergefahren“ wie jetzt: Ohne den „Betriebsrat“, die von der Ministerin gefürchtete und immer wieder angeschwärzte LehrerInnengewerkschaft, auch nur andeutungsweise zu informieren, ging BM Dr. Claudia Schmied am Mittwoch, dem 25. 2., via Medien in die Offensive: Zwei zusätzliche Unterrichtsstunden pro Woche seien allen im Lehrberuf Tätigen zumutbar und ein unerlässlicher Solidarbeitrag in Zeiten der Wirtschaftskrise!

Populismus pur ...

Dass „LehrerInnen-Bashing“ ein beliebter Volkssport ist, daran ist unsere Berufsgruppe gewöhnt. Wir stehen nun einmal immer im Rampenlicht und jeder, der selbst einmal die Schule besucht hat, und sei es vor über dreißig Jahren, hält sich bereits für einen Schulexperten.

Wir sind auch daran gewöhnt, dass unsere Arbeitszeit für viele nicht „greifbar“ ist, führen laufend Diskussionen im Freundes- und Bekanntenkreis und müssen damit leben, dass das Motto: „Only bad news is good news!“ leider auch für die Berichterstattung über Schule gilt: Wen interessieren schon tolle

Unterrichtsstunden, spannende Projekte und vorbildliche, inspirierende LehrerInnen-Persönlichkeiten, die den ihnen anvertrauten Kindern und Jugendlichen fundierte fachliche Bildung und Herzensbildung mitgeben, die fast rund um die Uhr ein offenes Ohr für Sorgen und Nöte haben und nicht nach „abgedienten“ 40 Stunden pro Woche den Korrekturstift fallen lassen oder den Computer herunterfahren, sondern ihr Bestes geben, um am nächsten Schultag auf alles vorbereitet zu sein. Als kleine Gegenleistung dafür hätten wir uns wenigstens die Wertschätzung unseres Dienstgebers erwartet: Mitnichten! Nun wissen wir endlich, was man von uns hält: Wir sind angeblich nicht ausgelastet, wir fühlen uns nur so, weil wir ineffizient arbeiten! Danke, dass Sie uns die Augen geöffnet haben, Frau Ministerin!

Wer von einer Erhöhung unserer Lehrverpflichtung profitiert, sind nicht die SchülerInnen!

Raffiniert, das muss man der Ressortleiterin lassen, ist die Argumentation, noch dazu, wenn man darauf vertrauen kann, dass die Öffentlichkeit über das komplizierte Organisationssystem Schule (das nicht wir LehrerInnen erfunden haben) wenig Bescheid weiß.

„Zwei Stunden pro Woche länger in der Klasse!“ Das kommt keinem einzigen Schüler, keiner einzigen Schülerin zugute! Die Erhöhung unserer Arbeitszeit bedeutet eine Erhöhung der Lehrverpflichtung und damit ein Einsparen von Lehrkräften pro Schule!!!

Hört man sich manche Live-Diskussionen an, in denen auch gerne der selbsternannte SchülerInnen-Anwalt und PR-erfahrene Buchautor Andreas Salcher auftritt, hat man das Gefühl, „im falschen Film“ zu sitzen: Die Erhöhung der LehrerInnen-Arbeitszeit um 10 % wird deshalb befürwortet, da man nun endlich weg von der 50-Minuten-Unterrichtsstunde hin zu ganztägiger individueller Betreuung komme!

Wir dürfen nicht aufhören klarzustellen: Keine Stunde der geplanten Erhöhung dient der Förderung und Betreuung der Kinder am Nachmittag, eine Erhöhung der Unterrichtsver-

pflichtung schränkt die Zeit ein, die wir für jeden Einzelnen und jede Einzelne haben und führt zur Streichung von LehrerInnen-Posten! Wenn mein Geschichtskollege zum Beispiel eine weitere Klasse übernehmen muss (das sind, anders als es die Ministerin darzustellen versucht, in der Oberstufe nach wie vor bis zu 36 SchülerInnen!), dann kann die Betreuung und Vorbereitung (d. h. neben der fachlichen Vorbereitung auch Elterngespräche, Organisation von Exkursionen und Projekten, Fachgespräche im Klassenteam, Mitwirkung im Schulpräsentationsteam, Übernahme von Organisationsaufgaben bei Schulveranstaltungen,...) niemals in derselben Zeit wie bisher erfolgen, außer er streicht einige Aufgaben bewusst – zu Lasten der SchülerInnen und Eltern!

Darüber hinaus fehlen die Stunden, die der Kollege nun zusätzlich übernehmen muss, den jüngeren KollegInnen! Ein Zehntel der Lehrkräfte müsste die Schule verlassen und sich ein anderes Betätigungsfeld suchen!

Aber halt: Niemand wird entlassen! Das ist bei jungen KollegInnen mit befristetem Dienstvertrag auch gar nicht notwendig: Ihr Vertrag läuft einfach aus!

Der wahre Grund für den Anschlag auf unsere Arbeitszeit: Teure Prestigeprojekte verschlingen Millionen!

Wenn man diverse Studien der letzten Jahre kurz überfliegt, finden sich auch gleich ein paar griffige Argumente: Die Arbeitszeit der LehrerInnen liege unter dem OECD-Schnitt! Wen interessiert es, dass LehrerInnen in anderen Ländern ein ganzer MitarbeiterInnen-Stab (von der Sekretärin über SozialarbeiterInnen bis hin zu SchulpsychologInnen) zur Entlastung zur Verfügung steht oder dass im sonst so hoch gepriesenen Finnland die KollegInnen weniger lange in der Klasse stehen als die LehrerInnen bei uns.

Das Gefasel von Wirtschaftskrise und Solidarbeitrag lenkt vom wahren Grund der geplanten Maßnahme ab: Sämtliche „Steckenpferde“ von BM Schmied (z. B. die mit überproportional hohen Ressourcen ausgestattete neue Mittelschule als Vorbereitung einer flächendeckenden Einführung einer Gesamtschule ohne Leistungsgruppen oder die sündteure zentrale Reifeprüfung,...) kosten Unsummen an Geld, sodass es sich trotz Erhöhung (!) des Bildungsbudgets durch den Finanzminister insgesamt nicht ausgehen kann.

Einer Fachfrau aus der Wirtschaft hätte man zutrauen können, dass sie das schon vorher abschätzen kann! Doch vielleicht, vermutlich sogar ziemlich sicher, hat man genaue Berechnungen angestellt und schon damit kalkuliert, dass wir LehrerInnen durch Mehrarbeit diese Prestige-Projekte finanzieren sollen, von deren Erfolg wenige mehr als die Ministerin selber und ihr „ExpertInnen-Stab“ überzeugt sind!

Sie haben Ihr wahres Gesicht gezeigt – nun werden wir unseres zeigen: Wir lassen nicht zu, dass man unsere Arbeit kleinredet und auf unserem Image herumtrampelt! Wir fordern die uns zustehende Anerkennung unserer Arbeit! Schnallen Sie sich an, Frau Ministerin!

Österreich **braucht** uns. Jeden Tag.



göd.fcg



Wollen auch Sie wöchentlich über bildungspolitische Themen informiert werden?

Senden Sie einfach ein Mail mit Ihrem Namen und dem Kennwort **USER** an
gerhard.riegler@oepeu.at



Wochenspiegel zur Bildungspolitik

Nummer 8/2009, 27. Februar 2009



Editorial

Sehr geehrte User unserer Website,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

der deutsche Ex-Kanzler und damalige niedersächsische Ministerpräsident Gerhard Schröder, ein Liebhaber deftiger Sprüche, ließ vor über zehn Jahren seinen Gefühlen über Lehrer/innen freien Lauf: "Ihr wißt doch ganz genau, was das für faule Säcke sind."¹ Schröder erntete damals für seine „Weisheit“ neben angeblich tausenden Protestschreiben von Lehrer/innen Schenkelklopfen an manchem teutonischen Stammtisch. Mit seiner „Imagepflege“ leistete er einen nachhaltigen Beitrag dazu, dass Deutschlands Schulen inzwischen von Jahr zu Jahr mehr Lehrer/innen fehlen. Aber was kümmert es Schröder heute als Direktor eines russisch-britischen Ölkonzerns - heute gilt seine Beurteilung nicht mehr „faulen Säcken“, sondern vollen Barrels!

Fremd ist BM Schmied als Liebhaberin feiner Kunst und Kultur, derzeit politisch zuständig für Österreichs Schulwesen, eine derart brachiale Diktion. Mit mildem Lächeln ließ sie uns via Zeitungen und Fernsehen wissen, dass sie sich „von den Lehrerinnen und Lehrern mehr Einsatz erwartet“. Und da unsere Ministerin offenbar nicht ganz sicher war, ob wir Pädagog/innen ihre „Frohbotschaft“ schon im ersten Anlauf verstanden hätten, legte sie noch einmal nach: „Die Lehrer müssten eben effektiver in der Vorbereitungszeit arbeiten.“ Sie erwarte sich von uns insgesamt „mehr Einsatz und Leistung“.²

Frau Minister, die Schrödersche Botschaft ist bei uns Lehrer/innen angekommen! Alle Zweifel, was Sie von unserem Engagement halten, sind beseitigt. Ihr an alle Schulen geschickter Brief, in dem Sie die von Ihnen verlangte Erhöhung unserer Arbeitsbelastung verkünden, wäre wenig überraschend, hätte er nicht einen Satz enthalten, der wohl nicht einmal einem Gerhard Schröder in Höchstform über die Lippen gekommen wäre: „Es geht auch um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Lehrerinnen und Lehrer.“ Damit haben Sie, Frau Minister, all Ihre bisherigen Rekorde im Orwellschen „Newspeak“ gebrochen. Eine Arbeitszeiterhöhung als „Verbesserung der Arbeitsbedingungen“ verkaufen zu wollen, werden wohl auch Sie nicht mehr leicht überbieten können.

Die „Begeisterung“ der Lehrer/innen in den Konferenzräumen, Frau Minister, wird wohl nicht nur eine Kollegin dazu motivieren, Ihnen eine Rückmeldung wie folgende an claudia.schmied@bmukk.gv.at zu schicken: „Ich ersuche dringend, mich nicht mit Schreiben dieser Art zu belästigen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass es zu meinen Dienstpflichten gehört, sie zu lesen. Ich sehe mich durchaus im Stande, mir in der laufenden Debatte eine unabhängige und eigenständige Meinung zu Ihren Vorhaben zu bilden.“ Ich hoffe, es interessiert Sie, was Ihre „wertvollsten Mitarbeiter/innen“ denken und empfinden!

Mit herzlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Gerhard Riegler', written in a cursive style.

¹ DIE ZEIT, 26/ 1995

² ZIB 2 vom 26.2.2009

Mag. Gerhard Riegler
Vorsitzender der ÖPU

Die Woche im Medienspiegel der



Schulklassen – herzlich willkommen im Außenministerium!

Das Außenministerium ist seit jeher bemüht, seine Tore für interessierte Bürgerinnen und Bürger zu öffnen und ihnen einen Einblick in seine vielfältigen Tätigkeiten zu bieten. Unser besonderes Interesse gilt dabei den Schulen und Schülern, denen wir gerne die Arbeit und Leistungen des BMeA näher bringen.

- Außen- und Europapolitik betrifft uns alle unmittelbar. Immer mehr wird die österreichische Politik mit der europäischen vernetzt und in ein internationales Umfeld integriert. Wir brauchen nur an zentrale Zukunftsthemen wie Klimaschutz, Energieversorgung oder Migration zu denken. Ereignisse in anderen Weltgegenden haben einen direkten Einfluss auf unser tägliches Leben. Konzepte wie „auswärtig“ und gedankliche Trennlinien zwischen „innen“ und „außen“ verschwimmen dabei zusehends. Das ist übrigens auch der Grund, warum wir unser Ministerium vor etwa zwei Jahren zeitgemäß in „Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten“ umbenannt haben.
- Die Bundesregierung hat es sich zur Aufgabe gemacht, das Vertrauen der Österreicherinnen und Österreicher in das europäische Projekt zu stärken. Wir alle sind Teilhaber und Mitgestalter des gemeinsamen Europas. 2009 werden erstmals 16-Jährige bei den Wahlen zum Europäischen Parlament wahlberechtigt sein. Bei den letzten Europawahlen lag die Wahlbeteiligung in Österreich lediglich bei 42,4 Prozent. Wir sollten uns gemeinsam bemühen, Bewusstsein zu schaffen für die Bedeutung dieser Wahl und der zentralen Funktion des Europäischen Parlaments im europäischen Gefüge. Das Europäische Parlament ist nicht nur das einzig direkt gewählte Organ, es entscheidet auch, spätestens mit Inkrafttreten des EU-Reformvertrags, voll im europäischen Gesetzgebungsverfahren mit.
- Das Außenministerium ist nicht nur politische Vernetzungs- und Kompetenzzentrale für europäische und internationale Fragen, es bietet auch ganz konkrete Hilfeleistungen für Österreicher im Ausland an. Eines unserer wichtigsten Antriebsräder dazu ist das Bürgerservice, das im Internet laufend aktualisierte

**Bundesminister
für europäische
und internationale
Angelegenheiten**



Michael Spindelegger

Informationen zu 195 Staaten anbietet und bei Notfällen im Ausland telefonisch mit Rat und Tat zur Seite steht. Dies betrifft zunehmend auch die Jugend. Immer mehr junge Leute reisen eigenständig ins Ausland. Auch sie sollten wissen, wohin sie sich im Notfall um Hilfe wenden können.

- Schließlich ist das Außenministerium auch ein möglicher künftiger Arbeitsplatz. Wir suchen junge Menschen, die neugierig sind auf andere Länder und Kulturen, die gleichzeitig aber auch Interesse haben, ihre eigene Heimat und Kultur anderen Menschen zugänglich und begreifbar zu machen.
- Daher bieten wir nun Schulklassen die Möglichkeit, das Außenministerium kennen zu lernen. Dies kann im Rahmen von Wien-Wochen geschehen oder im Fall von Wiener Schulen natürlich jederzeit während des Schuljahres. Ich möchte alle herzlich einladen, uns zu besuchen.

Für nähere Informationen und um das Programm eines solchen Besuches zu besprechen, kontaktieren Sie bitte die Abteilung für Presse und Information des Ministeriums, Tel. 0501150-3262, e-mail: abt3@bmeia.gv.at.



SchülerInnen aus Vöcklabruck besuchten im Rahmen eines Wienbesuchs das Außenministerium.

Auf den Punkt gebracht: Stimmen aus dem Konferenzzimmer

„Welcher Berufsgruppe sonst mutet man zu, für das gleiche Gehalt mehr zu arbeiten oder bei gleicher Arbeitszeit um etwa 10% weniger zu verdienen? Unseren Solidarbeitrag leisten wir wie alle anderen bereits: durch das Zahlen unserer Steuern!“

„Es ist unseriös und sogar zynisch, in der Öffentlichkeit von einer Erhöhung der Stundenanzahl in der Klasse bei insgesamt gleichbleibender Arbeitszeit zu sprechen! Das soll die von der Ministerin groß versprochene Qualitäts-offensive sein?“

„Im konkreten Fall kann die Antwort auf die Vorgangsweise und das Ansinnen der Bildungsministerin nur ein unbefristeter Streik sein. Ein Streik, dem sich, wenn nötig, auch der gesamte öffentliche Dienst anschließt, sodass er einem Generalstreik gleichkommt.“

„Die nun drohende Bildungsdefensive ist erst der Anfang. Verschlechterungen für die Beschäftigten drohen in fast allen Bereichen der Arbeitswelt, während Milliarden für jene ausgegeben werden, die uns in diese missliche Lage gebracht haben.“

„Wenn ich mir ein teures Designerstück nicht leisten kann, verzichte ich darauf und streiche nicht dafür meinen Kindern das Taschengeld!“

„Mit einer Demotivation der Mitarbeiter kann sicher die Qualität des Unterrichts nicht gehoben werden.“

„Beneidenswerte LehrerInnen? Wir haben derzeit einen Arbeitsplatz von meist weniger als 1m² und 75 KollegInnen müssen sich fünf (!) Computer teilen! Und was die Bezahlung betrifft: Welche Frau und besonders welcher Mann tut sich so einen Job überhaupt noch an, in dem er nach absolviertem akademischen Studium unter 2000 € brutto verdient und 6 Jahre lang um die Verlängerung seines befristeten Vertrages bangen muss!“

„Die Ministerin spielt Berufsgruppen gegeneinander aus – ein bereits erprobtes Mittel zur Durchsetzung von politischen Vorhaben. Bewusst wird verschwiegen, dass eine von ihrem Ministerium in Auftrag gegebene Studie im Jahr 2000 die wöchentliche Lehrerarbeitszeit mit der anderer Berufsgruppen gleichgesetzt, die psychische Belastung jedoch höher eingeschätzt hat. Erprobt werden hier die Verschlechterung von Arbeitsbedingungen und die Toleranz für eine derartige Maßnahme unter der Bevölkerung. Ist letztere hoch genug, werden andere Berufsgruppen – schneller als sie denken – mit ähnlichen Arbeitsverschlechterungen oder aber Lohneinbußen konfrontiert werden.“

Was die Arbeitszeiterhöhung mit Solidarität der Lehrerschaft zu den staatlich gestützten Banken und Betrieben zu tun haben soll, ist mir schleierhaft. Wenn es wirklich um Solidarität geht: Wie sind dann die Finanzierung der teuren Kampagnen für die „Neue Mittelschule“ und die verschwenderisch teure Ministerbüro-Einrichtung um 40.000€ zu vertreten?

Frau BM Schmied müsste diesen unfinanzierbaren und ungewissen Schulversuch NMS sofort abblasen, endlich einmal mit ihrer Belegschaft in Dialog treten und mit ihr gemeinsam Verbesserungsstrategien erarbeiten. Augenscheinlich verlässt sie sich aber lieber weiterhin auf ihre Experten und Expertinnen, die mit dem Schulalltag ebenso wenig vertraut sind wie sie. Alle, die nicht deren Meinung teilen, werden als „Betonierer“ verteufelt und mit einem autoritären Führungsstil überfahren, der in dieser Art in Österreichs Schulen Gott sei Dank nicht praktiziert wird.“

Mag. Christian Höfner

„Da die Ministerin nie Lehrerin war, weiß Sie nicht, was es heißt, 20 Stunden in der Woche in einer Klasse mit 20 - 30 Jugendlichen zu verbringen und sie zu unterrichten! Die Herausforderung, vor allem an die Psyche, ist groß. Ich frage mich jetzt mit 50 schon manchmal, ob ich die Zeit bis zur Pensionierung einigermaßen heil überstehe. Nicht dass ich nicht auch gerne unterrichten würde, doch die Anspannung ist enorm. Sie kennen hoffentlich die (leider nicht gut dokumentierten) Daten von den Lehrern mit Burn-out. Ich kenne vor allem auch die bereits gesundheitlich angegriffenen KollegInnen - engagierte und gut arbeitende LehrerInnen, die oft einfach nicht mehr können.“ *Mag. Karl Trenda*

„Der Zeitaufwand neben den reinen Unterrichtsstunden und der Unterrichtsvorbereitung ist beachtlich. Jede Lehrkraft wendet sehr viel Zeit und Energie auf für Elterngespräche, SchülerInnen-Beratung, Planung von Schulveranstaltungen, Erfüllen der täglich anfallenden Organisationsarbeiten, Durchführung von Impfaktionen, Schulpräsentationen, ... Wir erwarten uns von der zuständigen Ministerin Rückendeckung und nicht Initiativen, die den Eindruck erwecken, dass unser Berufsstand, der gerade in der heutigen Zeit ständig wachsenden Anforderungen von Seiten der Gesellschaft gegenübersteht, unterbeschäftigt sei.“ *Mag. Klaus Machajdik, VCL Tirol*

„Im Regierungsprogramm für die 24. Gesetzgebungsperiode findet sich zum Thema Lehrbesoldung und Lehrerarbeitszeit im „Punkt 13. LehrerInnen sind der Schlüssel zum Bildungserfolg“ ausschließlich folgender Satz: „Ein zeitgemäßes und leistungsorientiertes Dienst- und Besoldungsrecht soll für alle neu eintretenden LehrerInnen eingeführt werden.“ Nicht einmal dem ärgsten Pessimisten würde es einfallen, darunter eine Arbeitszeiterhöhung ohne Lohnausgleich für alle Lehrer/innen, noch dazu überfallsartig angekündigt, zu verstehen!“ *Mag. Leo Ludick*

„Und dann wirft man uns GewerkschafterInnen noch vor, dass wir uns wehren! Was soll schlecht daran sein, wenn eine Gruppe von DienstnehmerInnen, die ihre Arbeitskraft einem Quasimonopolisten anbieten muss, ihre Interessen nachdrücklich vertritt und verteidigt? Dass man dieses Beharren auf Lohn – und dies ist kein Beharren auf Strukturen! – quasi als unmoralisch hinstellt, ist meiner Meinung nach weder mit der christlich sozialen Idee noch mit sozialdemokratischen Arbeitnehmeridealen vereinbar.“ *Mag. Martin Kühnl*

Gefangen im Schulcamp - die „Survivor-Show“

Richtig gelesen, nicht im „Dschungelcamp“, sondern im Schulcamp!

Dieses Gedanken-Experiment ist Inhalt eines Textes in englischer Sprache, der auf <http://www.inspiringteachers.com> nachzulesen ist. Überlebenstraining von je drei „businessmen“ und „businesswoman“, die ein Jahr lang als LehrerInnen in eine Grundschulklasse mit 28 – 32 SchülerInnen geschickt werden, ausgerüstet lediglich mit dem Lehrplan, unter erschwerten (oder doch realistischen?) Bedingungen:

“Each class will have a minimum of five learning-disabled children, three with A.D.D., one gifted child, and two who speak limited English. Three students will be labeled with severe behavior problems. All business people must complete lesson plans at least 3 days in advance with annotations for curriculum objectives and modify, organize, or create their materials accordingly. They will be required to teach students, handle misconduct, implement technology, document attendance, write referrals, correct homework, make bulletin boards, compute grades, complete report cards, document benchmarks, communicate with parents, and arrange parent conferences. They must also stand in the doorway between class changes to monitor the hallways. In addition, they will complete fire drills, tornado drills, and [Code Red] drills for shooting attacks each month. They must attend workshops, faculty meetings, and attend curriculum development meetings. They must also tutor student who are behind and strive to get the 2 non-English speaking children proficient enough to take all of the state tests. If the business person is sick or having a bad day, he/she must not let it show. Each day they must incorporate reading, writing, math, science, and social studies into the program and must maintain discipline and provide an educationally stimulating environment to motivate students at all times. If all students do not wish to cooperate, work, or learn, the teacher will be held responsible. The business people will only have access to the public golf course on the weekends, but with their new salary, they may not be able to afford it. There will be no access to vendors who want to take them out to lunch, and lunch will be limited to thirty minutes, which is not counted as part of their workday. The business people will be permitted to use a student restroom, as long as another survival candidate can supervise their class. If the copier is operable, they may make copies of necessary materials before or after school. However, they cannot surpass their monthly limit of copies. The business people must continually advance their education, at their expense, and on their own time.

Und welcher Preis winkt wohl dem Gewinner bzw. der Gewinnerin?
Erraten: Er/Sie darf in seinen ursprünglichen Beruf zurückkehren!

PROMINENTE (VCL-) STIMMEN ZUR „CAUSA PRIMA“:

Bildungssprecher der ÖVP und Generalsekretär des ÖAAB
Werner Amon, MBA



Kein bildungspolitischer Kahlschlag auf Kosten der Lehrerinnen und Lehrer

„Kein Euro wird eingespart!“, sagte Unterrichtsministerin Claudia Schmied in einer APA-OTS Aussendung am 27. Februar. Rund 24 Stunden später meldet die Austria Presse Agentur: „Bildungsministerin Claudia Schmied will durch die von ihr geplante Verlängerung der Unterrichtsverpflichtung um zwei Stunden für alle Lehrer jährlich 381 Millionen Euro einsparen“. (APA, 28. Februar 2009). Zwei Zitate derselben Ministerin zum selben Thema, die unterschiedlicher nicht sein könnten. Eines haben sie jedoch gemeinsam: Sie zeigen, in welcher misslichen Situation sich die Ministerin mit ihrem unüberlegten und unakkordierten Vorstoß gebracht hat. In Österreich hat die Sozialpartnerschaft eine gewachsene Tradition. Den Sozialpartnern wurden zahlreiche Bereiche zur Regelung übertragen, nicht zuletzt mit dem Ziel, dass die Maßnahmen eine breite Akzeptanz finden. Völlig unverständlich ist es daher, dass gerade bei der Frage eines substanziellen Eingriffs in bestehendes Dienstrecht von Schmied nicht einmal der Versuch unternommen wurde, das Gespräch mit den Betroffenen zu suchen. So kann es nicht gehen. Abgesehen davon, dass der von Schmied gewählte Weg der Kommunikation völlig falsch ist, ist auch die Maßnahme an sich abzulehnen. Denn wenn man die Lehrverpflichtung um 10 % erhöht, würden rund 10.000 Arbeitsplätze wegfallen. Das ist sicher nicht im Interesse der Betroffenen, kann nicht im Interesse der Ministerin liegen und ist auch der Schulqualität nicht zuträglich. Gerade in konjunkturell schwierigen Zeiten, in denen man um jeden Arbeitsplatz kämpfen muss, wäre das der völlig falsche Weg. Österreich kann stolz darauf sein, dass täglich viele Tausende hervorragende Pädagoginnen und Pädagogen in den Klassenzimmern einen wertvollen Dienst an der Gesellschaft erbringen. Allerdings wurden den Lehrkräften in den letzten Jahren immer mehr

erzieherischen Aufgaben aufgebürdet, die eigentlich vom Elternhaus der Kinder wahrgenommen werden müssten. Ganz zu schweigen vom enormen Verwaltungsaufwand, der auf den Pädagoginnen und Pädagogen lastet. Es ist nicht weiter verwunderlich, dass die Ministerin mit dem von ihr eingeschlagenen bildungspolitischen Kurs aber eher zur Demotivation der Lehrerinnen und Lehrer beiträgt, was dazu führen wird, dass die von ihr so viel gerühmte „Neue Mittelschule“ eine Schule ohne Lehrerinnen und Lehrer sein wird. Was Österreich und das Schulsystem benötigen, ist eine Entlastung der Lehrkräfte, indem man beispielsweise im Verwaltungsbereich zusätzlich Personal einsetzt, was auch einen Beschäftigungseffekt hätte. Mittelfristig muss es auch zur Etablierung eines „mittleren Bildungsmanagements“ in den Schulen kommen, was auch eine Aufstiegsmöglichkeit für die heimischen Pädagoginnen und Pädagogen bedeuten würde. Und nicht zuletzt wäre es Ministerin Schmied gut angestanden, einen Blick in das Koalitionsabkommen zu werfen, hätte sie doch freie Hand, mit der Personalvertretung in Gespräche über ein neues Dienstrecht einzutreten. Allein: Die Ministerin scheut offenbar den Dialog. Es würde der Frau Ministerin gut anstehen, sich auf den Inhalt des Koalitionsabkommens sowie auf den sozialpartnerschaftlichen Umgang mit den Betroffenen zu besinnen und ihre Verantwortung für das von ihr verhandelte Globalbudget wahrzunehmen. Dieses wurde im Vergleich zum letzten Jahr erhöht und es liegt an der Ministerin, die Mittel entsprechend zu verteilen. Wenn ihr an gewissen Stellen Geld fehlt, wäre sie gut beraten, ihre teuren Beratungsverträge und Medienkooperationen einzustellen und Selbstinszenierungen hintanzustellen.

Obmann der VCL/ÖÖ
Dir. Dr. Norbert Schaller



Scherbenhaufen in der Schule

Österreich erlebt schon wieder einmal eine unglaubliche Lehrerhetzjagd. Mit Fragestellungen wie „Sollen Lehrer/innen mehr arbeiten?“ wird gegen eine Berufsgruppe Stimmung gemacht, die die Hauptlast von gesellschaftlichen Fehlentwicklungen zu tragen hat. BM Schmied fehlt offensichtlich jeder Einblick, was sich in den Schulen wirklich abspielt. Welcher Minister käme sonst auf die Idee, seine wichtigsten Mitarbeiter/innen mit einer autoritären Vorgangsweise und einem Gehalts- und Arbeitsplatzkürzungsprogramm sonderglei-

chen derartig vor den Kopf zu stoßen. Ich bin in Sorge, dass sehr viele gute Lehrer/innen ihre vielen, vielen freiwilligen Zusatzleistungen (weit über 40 und 50 Wochenstunden) einstellen werden, dass sich junge Menschen diesen Job mit € 1300 netto Anfangsgehalt nicht mehr antun und dass die Bildungspolitik zur emotional gesteuerten Volksbefragung verkommt. Zurück bleibt ein Scherbenhaufen in der Schule.

Offener Brief an Frau Ministerin Schmied
Sehr geehrte Frau Bundesministerin!

Ich bin durch die Art und Weise Ihres Vorgehens und den Inhalt Ihrer Aussagen sehr getroffen und fühle mich persönlich provoziert. Ich gehöre sicherlich zu den engagierten Lehrerinnen und Lehrern. Mit der von Ihnen geplanten Maßnahme aber beenden sie alles zusätzliche Engagement in der Schule und die Freude am Unterrichten. Auf diese Weise wird die Qualität in der Schule nicht steigen, sondern drastisch abnehmen. Die Arbeitszeitstudie zeigte deutlich - auch wenn dies das Ministerium nicht freut! -, dass Lehrerinnen und Lehrer mehr als die Jahresarbeitszeit arbeiten.

Diese Arbeit erfolgt an Arbeitsplätzen in der Schule, die jeder Beschreibung spotten:

- Wir haben kein Regal für unsere persönlichen Bücher, Materialien etc..
- Unser Platz im Konferenzzimmer ist ca. so groß wie eine Schreibtischunterlage.
- Im 'Großraumbüro' Konferenzzimmer arbeiten an kleinen Schulen 40 Personen, an großen Schulen über 100.
- Wir kaufen alle Schreibmaterialien selber, oft genug auch noch Material, um Lernmaterialien herzustellen.
- Ca. 15 Kolleginnen und Kollegen benützen zusammen einen Computer.
- Im Durchschnitt liegt die Lärmbelastung weit über allen Normen.

Der Arbeitsplatz zuhause für die Vorbereitungen muss von uns selber bereitgestellt werden, was nicht einmal steuerlich absetzbar ist!

In der Schule engagiere ich mich weit über den 'klassischen' Unterricht hinaus:

- Ich mache mit meinen Schülerinnen und Schülern zahlreiche Projekte zu Sozialem Lernen und fächerübergreifenden Themen - diese kosten viel Zeit und Energie.
- Ich setze neue Lehr- und Lernformen ein und erstelle dafür auch Unterrichtsmaterialien.
- Ich arbeite in verschiedenen Gruppen aktiv an der Schulentwicklung mit.
- Ich arbeite in den Gremien der Schulpartnerschaft mit.
- Ich entwickle mit einem Team (noch) engagierter Lehrerinnen ein Buddy-Projekt an unserer Schule.
- Ich stehe den Schülerinnen und Schülern auch außerhalb der Unterrichtszeit zur Verfügung und versuche, mit Beratungsgesprächen Probleme lösen zu helfen.

Meine Arbeitszeit liegt damit - wie ich aus mehrwöchigen privaten Aufzeichnungen weiß - deutlich über dem Soll, natürlich über das ganze Jahr gerechnet. Mir dann anhören zu müssen, ich solle mich halt einfach effizienter vorbereiten, ist mehr, als ich von meiner dienstvorgesetzten Stelle akzeptiere! Außerdem wissen Sie ganz genau, dass sie auf diese Weise die Arbeitszeit erhöhen, Sie nennen es nur anders. Angesichts dessen ist Ihr Vorhaben, besonders aber die Art und Weise der Argumentation (auch in Ihrem „Offenen Brief“) eine persönliche Ohrfeige für Lehrerinnen und Lehrer wie mich. Es ist nichts anderes als eine gnadenlos populistische Aktion.

Wenn ich ab Herbst zwei Stunden mehr unterrichten muss, dann kann ich gar nicht anders, als mein Engagement drastisch zurückzuschrauben. Das wird alle Bereiche betreffen. Mit Ihrer Initiative, Frau Bildungsministerin, treffen Sie genau die engagierten Lehrerinnen und Lehrer, und zwar mitten ins Mark.

Sie wissen genau, dass die Lehrerinnen und Lehrer im PISA-Paradeland Finnland kürzer arbeiten als die österreichischen und dass sie sich dort die Unterrichtsarbeit konzentrieren können und nicht zusätzlich auch noch als Sozialarbeiter, Psychologen und Sonderpädagogen 'einspringen' müssen. Da Sie eine großmundige Ankündigungspolitik über zusätzliche Ressourcen in einzelnen Bereichen (NMS) geführt haben, sehe ich nun, dass Sie aus Verzweiflung über Budgetnöte einen populistischen Befreiungsschlag führen, damit rechnend, dass sich das Volk auf Ihre Seite und gegen die angeblich privilegierten, überbezahlten Lehrer stellt.

Sollte das Budget dieser Regierung so sehr in Nöten sein, wie Sie das kommunizieren, dann müssten wohl mindestens der gesamte Öffentliche Dienst und viele andere Menschen mehr eine Arbeitszeit akzeptieren, die um 10% erhöht ist.

Aber als Wirtschaftlerin wissen Sie sehr genau, dass man nur ausgeben kann, was man hat - sonst nennt man das wohl Fahrlässigkeit, und diese auf dem Rücken der Engagierten in diesem Bildungssystem auszutragen, müsste man noch ganz anders nennen ...

Im Sinne unseres gemeinsamen Anliegens, das österreichische Schulsystem qualitativ weiter zu entwickeln, fordere ich Sie dringend auf, Ihre Initiative zurückzunehmen und gemeinsam mit uns Expertinnen und Experten Lösungsmöglichkeiten zu suchen.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Ursula Gerstenbauer
 Gymnasium der Franziskaner, 6060 Hall

Bundesobfrau
Dir. Mag. Isabella Zins



Warum die Kinder von heute nicht von gestern sind

Erziehungs- und Bildungsthemen dominieren in letzter Zeit die mediale Berichterstattung. Vieles deutet darauf hin, dass der gesellschaftliche Grundkonsens über die auch in der Schule notwendige Werteerziehung mancherorts verloren zu gehen scheint. Indizien dafür sind zum Beispiel die skandalöse Forderung der SP-nahen „Aktion kritischer SchülerInnen“ nach genereller Abschaffung des Religionsunterrichts und die noch immer nicht umgesetzte Einführung des alternativen Pflichtgegenstandes „Ethik“.

Dabei liegt nach Auffassung vieler ExpertInnen der Schlüssel zu Glück und Erfolg gerade in der Erziehung, und zwar ab dem frühestmöglichen Stadium.

Daher sollte der Focus der gesellschaftlichen Bemühungen auf dieses wichtige Thema gelenkt werden:

Wie werden aus unseren Kindern beziehungsfähige soziale Wesen?

Ein düsteres Bild unserer „gestörten Gesellschaft“ zeichnet der Humanmediziner und Facharzt für Kinder- und Jugendpsychiatrie Dr. Michael Winterhoff in seinem vor kurzem erschienenen Buch „Warum unsere Kinder Tyrannen werden“¹. Basierend auf seinen jahrzehntelangen Praxis-Erfahrungen im Umgang mit verhaltensauffälligen Kindern kommt er zu dem Schluss, dass sich erschreckend viele Eltern und auch Lehrer/innen in Deutschland (und dasselbe dürfte auch für Österreich gelten) von ihrer Rolle als Erzieher/innen verabschiedet hätten, mit verheerenden Folgen: Die fehlende Ausbildung psychischer Eigenschaften wie Respekt, Frustrationstoleranz, Sinn für Pünktlichkeit, Höflichkeit, Bewusstsein für Notwendigkeiten, Unterscheidung von Mein und Dein etc., kurz gesagt die fehlende Ausbildung eines „Gewissens“, führe dazu, dass Kinder in immer größerem Ausmaß psychische Störungen aufweisen und sich in der Folge in die Gesellschaft nicht mehr einordnen können. Die Gründe dafür sieht Winterhoff weniger in der in letzter Zeit oft postulierten Vernachlässigung der Kinder durch ihre Erziehungsberechtigten, sondern im mangelnden Wissen der Erzieher/innen in Familie und Schule über die in mehreren Phasen ablaufende psychische Entwicklung des Kindes. Auf Grund falsch verstandener „Liebe“ würden sich Beziehungsstörungen einschleichen, die im schlimmsten Fall zu Arbeits- und Beziehungsunfähigkeit führten.

Erschreckend wie die vielen Fallbeispiele selbst, die diese Thesen untermauern, lesen sich die auf Eingangstests an deutschen Grundschulen basierenden Zahlen, die Winterhoff nennt: Habe es vor 15 bis 20 Jahren noch 2 bis 4 auffällige Kinder pro Klasse in der Grundschule gegeben, so sei es heute beinahe umgekehrt: Nur wenige SchülerInnen pro Klasse seien

unauffällig, der Rest weise Auffälligkeiten in einem oder mehreren der getesteten Bereiche (Sprachverhalten, Fein- bzw. Grobmotorik, Logik, Mathematik, Arbeits- und Sozialverhalten) auf!

Im Laufe der Lektüre stellen sich, vermutlich besonders bei Pädagoginnen und Pädagogen, jede Menge Aha-Erlebnisse ein: Da spricht ein Experte mit großen analytischen Fähigkeiten Wahrheiten aus, die schmerzen:

Im Bemühen, es „besser“ zu machen als die Generationen davor, haben wir Erziehende genau das Gegenteil bewirkt: Wir erziehen unsere Kinder zu Tyrannen!

Die Auswirkungen dieser Art von Erziehung auf das Verhalten der Kinder in der Schule kennen viele LehrerInnen, besonders viele in den Ballungsräumen, aus leidvoller Erfahrung. Wenn SchülerInnen nicht still sitzen können, einfache Anweisungen nicht befolgen und sich in die Gemeinschaft nicht einfügen können oder wollen, wird die Hauptaufgabe, die Wissensvermittlung, in den Hintergrund gedrängt und Leistungsanforderungen müssen zurückgeschraubt werden. Auch die so wichtige Persönlichkeitsbildung muss auf der Strecke bleiben, wenn eine Lehrkraft mit der Erziehung und Betreuung von meist mehr als 25 SchülerInnen auf sich allein gestellt ist und dabei noch vorhandene Defizite ausgleichen soll.

Schulduweisungen nützen niemandem.

Vielmehr bedarf es nach einer ausführlichen offenen Diskussion über dieses Thema eines gesellschaftlichen Konsenses in Sachen Erziehung und Bildung und einer Allianz zwischen allen an der Erziehung Beteiligten - Eltern bzw. „Erziehungsverpflichteten“, KindergartenpädagogInnen und LehrerInnen - zum Wohle jedes einzelnen Kindes.

„Kinder an die Macht“ zu lassen, indem man sie in die Rolle von kleinen Erwachsenen drängt und überfordert, ihnen die notwendige „Führung“ schuldig bleibt und damit die eigentliche Kindheit raubt, ist sicher der falsche Weg. Die Kinder von klein auf in Familie, Kindergarten und Schule mit Hilfe von staatlich finanzierten Unterstützungssystemen (wie z. B. PsychologInnen, SupervisorInnen und Coaches) zu erziehen, d. h. sie auf ein sinnerfülltes und hoffentlich glückliches Leben in Gemeinschaft vorzubereiten, indem man ihre Beziehungs- und Lernfähigkeit fördert, ihre Leistungsbereitschaft einfordert und sie auf vielfältige Art, wie es unser differenziertes Schulsystem vorsieht, an ein möglichst hohes Maß an Bildung heranführt, der richtige.

¹ vgl. Michael Winterhoff: Warum unsere Kinder Tyrannen werden. Oder: Die Abschaffung der Kindheit. München: Gütersloher Verlagshaus 2008, 191 S.

**Leiterin des Erzbischöflichen Amtes
für Unterricht und Erziehung in Wien
MMag. Dr. Christine Mann**



Grundsätzliches zum konfessionellen Religionsunterricht

„Bildung – ein Haus auf festem Grund“

„Bildung – ein Haus auf festem Grund“, so lautete der Titel des programmatischen Referats, das Kardinal F. König 1998 vor der Konferenz der europäischen Bildungsminister hielt und in dem er auch die Bedeutung des Religionsunterrichts skizzierte. Dieser, insbesondere der islamische Religionsunterricht, war schon lange nicht mehr so im Blickpunkt wie in den letzten Wochen. Es kam dann zu einer Vereinbarung zwischen der Islamischen Glaubensgemeinschaft und dem Unterrichtsministerium, die nun auch konsequent und einvernehmlich umgesetzt wird. Die staatliche Schulaufsicht wird jene Kompetenzen, die ihr schon bei derzeit gegebener Rechtslage zustehen, nun auch verstärkt wahrnehmen. Kirchlicherseits bot man im Blick auf die hohe Wertigkeit des konfessionellen Religionsunterrichts in all seiner Vielfalt Erfahrungsaustausch und Begleitung an, was auch gerne angenommen wurde.

Rasch und fast reflexartig kam dann ein Ruf nach einer Konkordatsänderung, nach einer endlich durchzuführenden Trennung von Staat und Kirche, am besten einhergehend mit einem Ersatz des konfessionellen Religionsunterrichts durch einen verpflichtenden Ethikunterricht für alle. Angesichts dieser Situation scheint es angebracht, Grundsätzliches anzumerken. Manches ist notwendigerweise exemplarisch, da es sich ausschließlich auf den katholischen Religionsunterricht bezieht. Seit es als einmaliges Projekt in Europa die ökumenisch geführte Kirchliche Pädagogische Hochschule Wien/Krems gibt, weiß man aber auch detailliert und ausdrücklich, dass es eine große gemeinsame Vision der Gestalt eines Religionsunterrichts gibt, der im Raum Schule Bildung ein festes Fundament gibt, sie erweitert, vertieft und abrundet. So wird ein weites Land eröffnet und zum Begehen bewährter Wege eingeladen.

Trennung und Kooperation

Die leidenschaftlichen VerfechterInnen einer in Österreich angeblich erst umzusetzenden Trennung von Staat und Kirchen / Religionsgesellschaften verweigern sich einer sachlichen Differenzierung. Auf der institutionellen Ebene ist der Staat zu einer distanzierenden weltanschaulichen Neutralität gegenüber Religion und Weltanschauung verpflichtet. Dadurch werden der Staat vor religiöser und die Kirchen / Religionsgesellschaften vor staatlicher Bevormundung geschützt. Dort allerdings, wo es um die Gestaltung der Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft geht, hat der Staat Religion und Weltanschauung als gesellschaftlich und individuell relevante Phänomene nicht auszugrenzen, sondern ihnen im Sinn einer pluralistischen, aber grundsätzlich einbeziehenden, hereinnehmenden weltanschaulichen Neutralität Raum zu sichern.¹

Das Miteinander zwischen Staat und Kirche/Religionsgesellschaften in Österreich funktioniert deshalb so gut und förderlich für die Menschen im Land, weil es auf der Basis eben einer klaren Trennung steht, wo diese unabdingbar ist, und ebenso auf der Basis von Kooperation, wo diese im Sinn eines modernen leistungsorientierten Staatsverständnisses am Platz, ja sogar geboten ist. Zur letzteren Alternative gehören wegen des Nebeneinanders von staatlichen Vorgaben und bestehenden Elternrechten, die zu akkordieren sind, traditionell der Bereich der Bildung, eben der schulische Religionsunterricht, das konfessionelle Schulwesen und seit neuestem auch die Pädagogischen Hochschulen mit ihrer Zuständigkeit für die Aus-, Fort- und Weiterbildung aller Lehrkräfte.

Nur nebenbei sei aber zur Beruhigung erwähnt, dass ein Blick nach Europa den Blickwinkel vergrößert. In Frankreich etwa, dem Land der vielgepriesenen „laïcité“, hat sich ein ähnlich gutes Kooperationsystem herausgebildet, sodass zuletzt N. Sarkozy sogar den Begriff einer neuen positiven Laizität geprägt hat. Andererseits ist, wie ein Blick in die nordischen Länder, aber auch nach Großbritannien lehrt, auch ein Staatskirchentum in einem entsprechenden rechtlichen Rahmen mit demokratischen Prinzipien durchaus verträglich.

Zur Interessenslage

Gerne sieht man den Religionsunterricht als ein Privileg der Kirchen / Religionsgesellschaften. Es zahlt sich aber aus, einmal eine andere Interessenslage ins Auge zu fassen. Ein Staatsrechtsexperte, W. Böckenförde, hat ein höchst bedeutsames Dilemma aufgezeigt, von einem Germanisten, dem sozialdemokratischen Präsidenten des deutschen Bundestags, W. Thierse, wurde es zu allgemeiner Popularität erhoben: das sogenannte Böckenförde-Dilemma.

Der weltanschaulich neutrale demokratische Staat, der aber sehr wohl auf eine solide und möglichst breite Wertebasis angewiesen ist, lebt demnach von Werten, die er selbst weder schaffen noch garantieren kann. Er ist vielmehr auf die großen Wertespender angewiesen, die jene Werte, die er zu seinem Leben und Überleben braucht, verlässlich und nachhaltig einbringen. Das sind vor allem die Religionen, die grundsätzlich zweierlei auszeichnet: Sie stehen – manchmal belächelt und gescholten - für durchaus asketische Werte ein, die eine Demokratie, aber auch die Um- und Mitwelt heute besonders brauchen. Und sie tun das mit jener unverwechselbaren, der Religion eigenen Ernsthaftigkeit: „Dein Tun hat Folgen bis in alle Ewigkeit“ (H. Gollwitzer). Insofern sind Staat und

¹ vgl. H. Kalb, R. Potz, B. Schinkele,
Das Kreuz in Klassenzimmer und Gerichtssaal, Freistadt 1996

Gesellschaft gut beraten, wenn sie den Religionen einen vorrangigen Platz überall dort einräumen, wo es um Vermittlung bzw. Aneignung von Werten, aber auch um Sinnfragen geht. Und so besehen hat konfessioneller Religionsunterricht seine Stärken, nämlich die Abschätzbarkeit seiner Inhalte, keinesfalls nur die Werte betreffend, – in diesem Sinn hat in ihm das Abenteuer Pause, weil man genau weiß, woran man ist, selbst wenn man sich über manches ärgert, weil es nicht dem Mainstream entspricht.

Zu Recht ist daher auf verschiedenen Ebenen österreichischen Rechts die religiös-ethisch-philosophische Dimension von Bildung festgeschrieben, von einem entsprechenden Passus in der Verfassung (Art. 14,5a B-VG) und im Schulorganisationsgesetz (§ 2) bis hin zu den neueren Lehrplanverordnungen für die Sekundarstufen I und II.

Selbstverständnis des katholischen Religionsunterrichts

Gleichsam als Antwort auf diese übergeordneten Bildungsziele der österreichischen Schule lesen sich die „Allgemeinen Bildungsziele“ des katholischen Religionsunterrichts, die jederzeit unter www.schulamt.at/Religionsunterricht/Lehrpläne nachzulesen sind und sowohl auf das Individuum als auch auf die Gesellschaft abstellen:

„In der Mitte des Religionsunterrichts stehen die Schülerinnen und Schüler, ihr Leben und ihr Glaube. Daher sind Inhalt des Religionsunterrichts sowohl das menschliche Leben als auch der christliche Glaube, wie er sich im Laufe der Geschichte entfaltet hat. Die Auseinandersetzung mit der eigenen Herkunft und der Zugehörigkeit zur katholischen Glaubensgemeinschaft soll einen Beitrag zur Bildung von Identität leisten, die eine unvoreingenommene und angstfreie Öffnung gegenüber dem Anderen erleichtert. Es geht sowohl um eine Befähigung zu Toleranz gegenüber Menschen mit unterschiedlichen Überzeugungen als auch gegebenenfalls um die Kompetenz zu sachlich begründetem Einspruch. Die Thematisierung der gesellschaftlichen Bedeutung von christlichem Glauben soll zum Einsatz für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung ermutigen und befähigen ...“

Die aufklärerische Kraft von Religion

Das alles könnte ein wenig stromlinienförmig angepasst wirken: Religion macht sich nützlich – das angesichts eines tief-sinnigen Wortes: „Gott nützt zu nichts“. Gerade der Gegenstand, der von jenem Gott spricht, der über allen Vernützlichungen und allen Verzweckungen steht, hat natürlich auch seine Kanten und muss sie auch haben.

Wahrscheinlich ist gerade darin das folgende spannende Paradoxon begründet: Ein Religionsunterricht, der sich bloß nützlich macht und sich überall, wo erzieherische oder gesellschaftliche Defizite auftauchen, servil andient, nützt gerade nichts. Als bloße Lebensberatung, als moralische Aufrüstung, als Garant einer europäischen *citoyenneté*, als unverbindliches Diskussionsforum oder als Kulturinterpretation kann er gerade nicht jene Kraft in den Raum der Schule einbringen, die der Religion an sich eignet. Dann wäre und bliebe er harmlos. Das hat sehr viel mit der Rede über Gott zu tun. Wenn im Religionsunterricht Gott bloß als unverbindlicher Sinnstifter,

Antwortgeber auf unsere selektiven Fragen, Garant alles Bestehenden, vager Hoffnungsgeber, letztlich als selbst Instrumentalisierter vorkommt, kann dieser Unterricht nicht mehr gegen das Einspruch erheben, was diesen verdient. Es fehlt der lange Atem zum nachhaltigen Widerspruch: etwa gegen ein ökonomistisch reduziertes Konzept von Bildung; gegen die Verfügbarkeit menschlichen Lebens; gegen neue Dogmatismen wie etwa die Notwendigkeit unbegrenzten Wachstums; gegen eine Zurüstung der kommenden Generation vor allem im Hinblick auf deren employability; gegen eine gefährliche Gleichsetzung von Sinn und Nutzen und vieles andere mehr. Ob Religionen oder die Aufklärung die wahrhaft freiheitsstiftende und nachhaltig aufklärerische Kraft im Sinn der bekannten Dialektik von Aufklärung entfalten werden können, wird sich erst erweisen müssen – auch im Bereich von Schule, die sich weder mit intellektuellen noch spirituellen Flachwurzeln begnügen darf.

Verantwortlichkeiten

In erster Linie sind die gesetzlich anerkannten Kirchen/ Religionsgesellschaften aufgerufen, für die Qualität ihres Religionsunterrichts Sorge zu tragen. Dass dies bislang gelungen ist, zeigen allein die Zahlen für den katholischen Religionsunterricht: Woche für Woche nehmen in Österreich 730.000 SchülerInnen, das sind 94 % aller katholischen SchülerInnen, an „Reli“ teil – obwohl eine Abmeldung möglich wäre. Dazu kommt noch ein Viertel aller SchülerInnen ohne religiöses Bekenntnis, die den katholischen Religionsunterricht als Freigegegenstand besuchen und ihn manchmal wunderbar zusätzlich wie das Salz in der Suppe beleben.

Von Seiten des Staates sollte Vorsorge getroffen werden, dass Jugendliche, die – aus welchen Gründen auch immer - keinen konfessionellen Religionsunterricht besuchen, sich ebenfalls mit Werten und Normen und zumindest referierend mit dem Phänomen Religion auseinandersetzen. In einer pluralistischen Gesellschaft, in der Menschen ihre Werte und Normen eben auch säkular begründen, hat also ein Ethikunterricht für diese SchülerInnengruppe seine gesellschaftliche Legitimation und seine schulpädagogische Begründung. Dadurch sollten auch notwendige Profilierungen möglich werden. Diese dürfen weder gegeneinander noch über den Weg von Mutationen erfolgen. Ein Ethikunterricht, der nach Streichung des Begriffs „Gott“ so etwas wie ein säkularisierter Religionsunterricht ist, wird genauso wenig taugen wie ein Religionsunterricht, der von sich aus zu einem verkappten Ethikunterricht mutiert und nicht mehr aus seinen ureigensten Quellen schöpft. Insgesamt darf durch die Debatte um religiöses und ethisches Lernen in der Schule aber eines nicht vergessen und verdrängt werden: Die allererste und vornehmste Pflicht zur lebendigen Vermittlung von Sinn und von Werten trifft immer noch und auch weiterhin die Eltern.

MMag. Dr. Christine Mann, Theologin und Juristin, ist seit 1995 Leiterin des Erzbischöflichen Amtes für Unterricht und Erziehung in Wien, seit 2001 Geschäftsführende Leiterin des Interdiözesanen Amtes für Unterricht und Erziehung.

RELIGION UNTERRICHTEN

Ein Beruf mit Sinn für das Leben

WELTSICHT ERWEITERN

Die Welt ist fragmentiert, viele Teile scheinen nicht mehr zusammenzupassen. Der Blick über die Grenzen der sichtbaren Welt hinaus lohnt sich.

**SIE bringen
eine Vision des Ganzen ein.**

PERSÖNLICHKEIT STÄRKEN

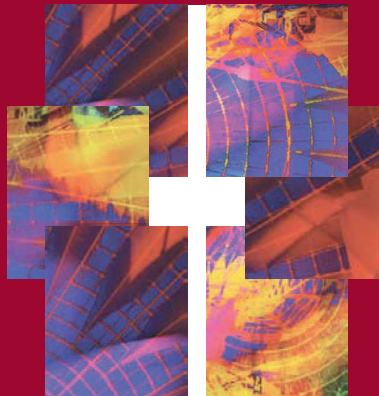
Manche definieren sich eher über das Haben als über das Sein. Die Würde des Menschen ist aber in seinem Sein als Ebenbild Gottes begründet.

**SIE ermutigen
zum aufrechten Gang.**

FRAGEN AUFGREIFEN

Viele Fragen werden neu gestellt: die Suche nach Sinn und Zugehörigkeit im Leben, der verantwortete Umgang mit der Schöpfung, die Frage nach Gott.

**SIE wagen Antworten
aus dem Glauben.**



ZUM GLAUBEN ERMUNTERN

Glaube ist auf Vernunft angewiesen: Wer nichts weiß, muss alles glauben. Religion fordert spirituell und intellektuell zu einem Leben in Fülle heraus.

**SIE verstehen,
wovon Sie sprechen.**

DIALOGFÄHIG MACHEN

Unsere christlich geprägte Kultur mit ihren vielen Wurzeln ist es wert, gekannt zu werden. Dies ermöglicht erst den Dialog der Religionen.

**SIE tragen zur Erschließung
der Kultur Europas bei.**

EINLADUNG LEBEN

In unserer Gesellschaft kann durch Vernetzung viel bewegt werden. In der Kirche ist Raum für schöpferisches und solidarisches Handeln.

**SIE motivieren zum Engage-
ment im Geist Christi.**

Das ganze Leben im Blick

www.religionunterrichten.at

Neue Teilungszahlen

Mitglied des Zentralausschusses
und der VCL-Bundesleitung
Mag. Peter Friebe



Die **Teilungszahlenverordnung** sieht vor, dass eine Klasse ab einer bestimmten Größe in bestimmten Unterrichtsgegenständen geteilt wird. Eine solche Teilung nennt man **klassenimmanent**. In anderen Fällen werden die Schülerinnen und Schüler mehrerer Klassen, die in einem bestimmten Gegenstand unterrichtet werden, zusammengezählt und entsprechend ihrer Anzahl **klassenübergreifend** in Gruppen geteilt.

Alle Teilungs- und Eröffnungszahlen können **schulautonom**, d.h. durch einen Beschluss des Schulgemeinschaftsausschusses (SGA), geändert werden, wenn der Schule ein Werteinheitenkontingent zugeteilt worden ist und dieses Kontingent nicht überschritten wird. Für einen solchen Beschluss ist die Zustimmung von jeweils zwei Dritteln der SGA-Mitglieder aus jeder der drei Kurien im SGA notwendig. An den Schulen können also auch zusätzliche Teilungen autonom beschlossen werden, wenn die Werteinheiten dafür vorhanden sind, und es kann auch schulautonom entschieden werden, statt einer Teilung eine andere durchzuführen. Trotzdem ist die Festlegung von Teilungszahlen durch die Verordnung wichtig, weil der Staat für die per Verordnung festgelegten Teilungszahlen die notwendigen Werteinheiten zur Verfügung stellen muss, – ein „müsste“ ist inakzeptabel – während schulautonome Teilungen nur nach Maßgabe der vorhandenen – leider oft zu knappen – Ressourcen möglich sind.

In der Unterstufe gilt nun – zumindest auf dem Papier – die Klassenschülerhöchstzahl 25, und zwar aufsteigend, d.h. für die 1. Klasse ab dem Schuljahr 2007/08, für die 2. Klasse ab 2008/09, für die 3. Klasse ab 2009/10 und für die 4. Klasse ab 2010/11. In der Praxis wird die Möglichkeit, diese Zahl um bis zu 20% zu überschreiten, um Abweisungen zu vermeiden, vielfach missbraucht. Dieser Missstand mag in einigen Fällen wirklich durch Platzmangel bedingt sein, in vielen Fällen fehlt aber einfach der politische Wille. Aber das wäre wohl Stoff für einen eigenen Artikel – hier soll es um die Teilungszahlen gehen.

Vor der Senkung der Klassenschülerhöchstzahlen galten für einige Gegenstände Teilungszahlen in der Nähe von 30. So waren in der Unterstufe klassenimmanente Teilungen in den lebenden Fremdsprachen bei mehr als 29, in Latein bei mehr als 31 und in Bildnerischer Erziehung bei mehr als 30 Schülerinnen und Schülern in einer Klasse vorgesehen. In diesen Gegenständen wäre daher bei einer tatsächlichen Senkung der Klassenschülerhöchstzahl die Möglichkeit von Teilungen verloren gegangen.

Im Schuljahr 2007/08 glaubte man im Ministerium, das Problem durch jeweils eine zusätzliche Gruppe pro Schulstufe lösen zu

können, z.B. durch 6 Englisch-Gruppen für 5 Klassen. Bei einer „gerechten“ Teilung, also bei gleich großen Klassen und gleich großen Englisch-Gruppen, wären dann alle Klassen „gekoppelt“ gewesen, hätten also gleichzeitig Englisch haben müssen. Jeder, der sich ein bisschen mit einem Stundenplan auskennt, weiß, was solche Kopplungen bedeuten.

Trotz erheblicher Schwierigkeiten gelang es schließlich doch, das Ministerium von der Notwendigkeit neuer Teilungszahlen und von der Vermeidung der beschriebenen Mega-Kopplungen zu überzeugen. Nun gelten für die **Unterstufe** neue Teilungszahlen, die im Wesentlichen **wie die Klassenschülerhöchstzahlen aufsteigend in Kraft treten** (abgesehen von einer Ausnahme in den lebenden Fremdsprachen, die die nächsten Schuljahre nicht mehr betrifft):

Lebende Fremdsprache (Unterstufe):

Ab 30 Schülerinnen und Schülern in einer Klasse:
klassenimmanente Teilung.
Sonst **klassenübergreifende** Teilungen:

Bei ... Klassen	mit mehr als ... Schülern	in ... Gruppen
1	24	2
2	48	3
3	72	5
4	96	6
5	120	8
6	144	9
7	168	11
8	192	12
9	216	14

Das Ministerium hatte ursprünglich keine Behaltelklausel vorgesehen. Die Anzahl der Gruppen wäre also jedes Jahr neu festzulegen gewesen, und eine geringe Änderung der Schülerzahlen von einem Schuljahr zum nächsten hätte häufig die Neubildung der Gruppen und somit einen Lehrerwechsel zur Folge gehabt. Wir haben daher eine **Behaltelklausel** im Begutachtungsverfahren vehement gefordert, und in der Verordnung steht nun: „**Durchgeführte Teilungen bleiben in den folgenden Schulstufen aufrecht**, wenn die durchschnittliche Klassenschülerzahl der bei der Bildung der Schülergruppen jeweils zu berücksichtigenden Klassen 20 nicht unterschreitet.“

Latein (Unterstufe):

Bei ... Klassen	mit mehr als ... Schülern	in ... Gruppen
1	29	2
2	52	3
3	78	5
4	104	6
5	130	8
6	156	9
7	182	11
8	208	12
9	234	14

Im Gegensatz zu den lebenden Fremdsprachen sieht das Ministerium hier keine Behalte Klausel vor, und auch die Teilungszahlen sind höher als bei lebenden Fremdsprachen.

Bildnerische Erziehung (Unterstufe):

Bei mehr als 29 Schülerinnen und Schülern wird klassenimmanent geteilt. Die Zahl 30 wurde also auf 29 gesenkt.

Leider lehnt Ministerin Schmied eine Senkung der Klassenschülerhöchstzahl in der **Oberstufe** weiterhin ab. In den Erläuterungen des Ministeriums zur Teilungszahlenverordnung wird behauptet, das wäre „aus organisatorischen und räumlichen Gesichtspunkten nicht zielführend“.

Für besonders große **5. Klassen** gibt es aber eine Erleichterung: Wenn sogar die **Zahl 30** noch **überschritten** wird, wird in **Deutsch** klassenimmanent geteilt. Diese Teilung ist aber ausschließlich für die 5. Klasse vorgesehen. Selbst dann, wenn eine 6. Klasse noch immer aus mehr als 30 Schülerinnen und Schülern besteht, fällt die Teilung weg. Außerdem führt der Wegfall der Teilung in der Regel zu einem

Lehrerwechsel von der 5. zur 6. Klasse. Wenn eine Schule ausreichend Werteinheiten zur Verfügung hat, kann sie die Teilung natürlich autonom beibehalten, doch das wird sich wohl meist nicht ausgehen. An ein- und zweisprachigen Schulen im Burgenland und in Kärnten gilt für die **Minderheitensprachen** Kroatisch und Ungarisch bzw. Slowenisch dieselbe Regelung wie sonst für Deutsch.

Am **ORG** werden **5. Klassen** mit **mehr als 30 Schülerinnen** und Schülern darüber hinaus in **Mathematik** und in einem **weiteren Gegenstand**, der vom Schulleiter im Einvernehmen mit dem Dienststellenausschuss unter Bedachtnahme auf den Lehrplan und auf das Bildungsziel festzulegen ist, geteilt.

Dieselben neuen Teilungsmöglichkeiten wie für die 5. Klasse ORG gelten auch für die 9. Schulstufe aller anderen Schularten, nur die AHS-Langform ist bei Mathematik und beim weiteren Gegenstand ausdrücklich ausgenommen. Als Begründung behauptet das Ministerium in den Erläuterungen zur Änderung der Teilungszahlenverordnung, in der AHS-Langform würden (im Gegensatz zu den anderen Schulformen) die Klassen von der 8. zur 9. Schulstufe kontinuierlich weitergeführt. Diese Behauptung entspricht natürlich in keiner Weise den Tatsachen. Da ein Teil der Schüler nach der 4. Klasse an andere Schulen wechselt, werden die 5. Klassen neu gebildet. Dass eine Klasse von der 8. zur 9. Schulstufe kontinuierlich weitergeführt wird und dann aus mehr als 30 Schülern besteht, kommt in der Praxis nicht vor. Offenbar wird die AHS-Langform im Unterrichtsministerium als Feindbild gesehen und deshalb auch in der Ressourcenzuteilung diskriminiert.

In **Schulen mit besonderer Berücksichtigung der sportlichen Ausbildung** gelten neue Teilungszahlen für **Bewegung und Sport**: In der Unterstufe wird bei mehr als 24 Schülerinnen und Schülern klassenübergreifend geteilt, in der Oberstufe bei mehr als 29.

Carnuntum

Rom lebt

Carnuntum ist die größte archäologische Landschaft Österreichs und somit die bedeutendste Präsentationsstätte des Landes auf dem Gebiet der Altertumsforschung.

Angepasst an die Bedürfnisse der verschiedenen Altersgruppen bietet der Archäologische Park für alle Schulstufen vom Kindergarten bis zur Oberstufe das passende Programm: von der „Erlebnistour“ und der „Rätselrallye“ im Freilichtmuseum Petronell über „Archäologie erleben“ im Amphitheater bis zu lebendigen Führungen im Museum Carnuntum.

Im Rahmen von individuell gestalteten Projekttagen unter dem Motto „Lernen bei den Römern“ wird der Unterricht zu einer spannenden Zeitreise mit Aktivitäten wie Basteln, römisch Kochen und vielem mehr. Verkehrsgünstig und nur ca. 40 Minuten von Wien entfernt gelegen, eignet sich der Archäologische Park Carnuntum ideal als Ausflugstipp für Schulklassen jeder Altersstufe.

Öffnungszeiten: 21. März – 15. November 2009,
täglich 9-17 Uhr (Museum Carnuntum 10-17 Uhr)

Archäologischer Park Carnuntum

Hauptstraße 3, 2404 Petronell

Tel.: 02163/3377-799, Fax: 02163/3377-5

info@carnuntum.co.at, www.carnuntum.co.at



OFFENLEGUNG GEMÄß MEDIENGESETZ § 25 ABS. 4

Die viermal pro Jahr erscheinende „VCL News“ ist das Organ der „Vereinigung christlicher Lehrerinnen und Lehrer an höheren und mittleren Schulen“. Sie steht in ökumenischer Gesinnung auf dem Boden einer christlichen Weltanschauung. Sie bezweckt, die Lehrerinnen und Lehrer an höheren und mittleren Schulen Österreichs in ihrer beruflichen Tätigkeit und ihrer Weiterbildung, insbesondere in Fragen der Bildung, der Erziehung und des Unterrichts, zu unterstützen.

Medieninhaber zu 100%: „Vereinigung christlicher Lehrerinnen und Lehrer an höheren und mittleren Schulen“

Bundesobfrau: Dir. Mag. Isabella Zins Goethestr.28, 2136 Laa/Thaya,
E-Mail: isabella.zins@aon.at

Obmann-Stellvertreterin: OStR Mag. Gertraud Auer, E-mail: gertraudauer@gmx.at

Obmann-Stellvertreter: Dir. Mag. Johann Sohm,
E-mail: johann_sohm@utanet.at

Schriftführer: OStR. Mag. Wilfried Kößler

Kassier: Mag. Matthias Hofer

Medieninhaber (Verleger): „Vereinigung christlicher Lehrerinnen und Lehrer an höheren und mittleren Schulen“

Redaktionelle Gestaltung und für den Inhalt verantwortlich:

Mag. Helmut Jantschitsch, E-Mail: helmut.jantschitsch@oepeu.at und

Dir. Mag. Isabella Zins, E-Mail: isabella.zins@aon.at

Zuschriften, Manuskriptsendungen und Anzeigen an den Schriftleiter. Für den Inhalt namentlich gekennzeichnete Beiträge tragen ausschließlich die Verfasser die Verantwortung.

Anzeigenverwaltung: Stephanie Thaller, 1220 Wien, Bergengasse 3/19

Hersteller: Druckerei Lischkar & Co., 1120 Wien, Migazziplatz 4.

Verlags- und Herstellungsort: Wien

P.b.b.

Verlagspostamt 1120 Wien

GZ 02Z030491

Sponsoringpost, Erscheinungsort Wien

Retouren an: Druckerei Lischkar, Migazziplatz 4, 1120 Wien



Frankreich Russland

Straßburg - Elsass

Inkl. Vogesenrundfahrt

21. - 24.5.09 Bus, ***Hotel/
meist HP, RL: Dr. Hubert Wawra
€ 425,--

Schweiz -

Provence Rundreise

Die Rhône von der Quelle
bis zu ihrer Mündung

13. - 21.7.09 Flug, Bus, meist
***Hotels/HP, Eintritte, RL: Mag.
Brigitte Lenz € 1.220,--

Paris - Normandie -

Bretagne - Loireschl.

20. - 31.7., 10. - 21.8.09 Flug,
Bus, Schiff, meist ***Hotels/
meist HP, Eintritte, RL: Dr. R.
Federmaier (1. T.) € 1.720,--

Paris

Inkl. Versailles und Louvre,
Auvers s. Oise und Giverny

19. - 24.7., 9. - 14.8.09 Flug,
Transfers, ****Hotel/NF, Stadtbe-
sichtigungen, Seine-Schiffahrt,
Eintritte, RL: Mag. S. Tanner
€ 700,--

St. Petersburg -

Baltische Staaten

11. - 24.7., 25.7. - 7.8., 8. - 21.8.09
Flug, Bus, *** u. ****Hotels/meist
HP, Eintritte, RL: Mag. Göt-
z Wagemann (Historiker - 1. und 3.
Termin) ab € 2.270,--

Moskau

19. - 22.7.09 Flug, Bus, ****Ho-
tel/HP, Eintritte, RL: Mag. A. Starl
€ 950,--

Moskau - Petersburg

19. - 26.7.09 Flug, Bus, *** und
****Hotels/HP, Eintritte, RL: Mag.
Alfred Starl € 1.880,--

St. Petersburg

23. - 26.7.09 Flug, Bus, ***Hotel/
HP, Eintritte, RL: Mag. A. Starl
€ 1.090,--

Kamtschatka

Bären, Vulkane u. Gletscher
15. - 28.8.09 Flug, Helikopter,
Geländefahrzeug, Hotel, Hütten,
Zelt/meist VP, Eintritte, RL: Dr. H.-
P. Steyrer (Geologe) € 4.190,--

Städte - Opern - Reisen

Opernfest Verona

'Aida' Arena di Verona

Torre d. Lago/Toskana

'La Bohème' Teatro all'aperto
- ML: Marcello Rota

15. - 20.7.09 Bus, ****Hotels/
meist HP, Eintritte, RL: DI Peter
Schintlmeister ab € 636,--

Opernfest Verona

Mit Sirmione, Valpolicella
und Franzensfeste

Gala 'Plácido Domingo'

'Barbier von Sevilla' Arena

23. - 26.7.09 Flug, Bus, ****Hotel/
meist HP bei Verona, Eintritte, RL:
Mag. E. Ortmayr ab € 489,--

Baden-Baden

Inkl. Ausflug nach Straßburg

'Aida' Staatsoper Stuttgart

'Aleko' und 'Jolante'

- mit Anna Netrebko

'Konzert: Rachmaninow/

Schostakowitsch'

Festspielhaus Baden-Baden

23. - 26.7.09 Flug, Bus, *** und
****Hotels/NF, Eintritte, RL: DI
P. Schintlmeister ab € 739,--

Bregenzer Festspiele

'Aida' Seebühne

1. - 3.8., 8. - 10.8., 22. - 24.8.09

Bus, ****Hotel/HP, Eintritte, RL:

Dr. Richard Steurer ab € 319,--

Wien 1, Bäckerstraße 16, ☎ 01 5126866

Wien 9, Spitalgasse 17a, ☎ 01 4080440

St. Pölten, Linzer Straße 2, ☎ 02742 34384

Salzburg, Linzer Gasse 33, ☎ 0662 877070

sabtours Linz, Schillerpark ☎ 0732 662671

Kneissl Touristik Zentrale ☎ 07245 20700

www.kneissltouristik.at